

## **Handlungsempfehlungen aus der Sicht der Teilnehmenden:**

### **Förderung des nachhaltigen Konsums**

Der Konsum betrifft alle Menschen und alle Organisationen bzw. politischen Gremien. Er gehört zum menschlichen Leben hinzu, wie das Atmen. Mittlerweile haben jedoch die Mechanismen, die auf Beschleunigung, Wachstum, und Globalisierung setzen, ein Ausmaß erreicht, das nicht mehr lebenserhaltend, sondern zunehmend destruktiv auf die Gesellschaft und die Umwelt wirken. Auswege aus der Krise finden sich viele (z. B. BILHARZ 2009, LINZ 2012, PAECH 2012, SCHUMACHER 2013, BRAUNGART & MCDONOUGH 2013). Die Teilnehmenden der Workshops und der World Café-Runden diskutierten sehr engagiert und entwickelten in den Gesprächen viele Ideen, die es gilt, auf unterschiedlichen Ebenen umzusetzen.

Eine sehr grundsätzliche Idee befasste sich mit dem gesamtgesellschaftlichen ökonomischen Verständnis, das durch das Bruttonettoprodukt ausgedrückt wird. Nach Meinung einiger der Teilnehmenden sollte es neu justiert werden, da es bestimmte Wertschöpfungsprozesse nicht berücksichtigt und andere überbetont. Die Wirtschaftsstruktur sollte von quantitativem Wachstum auf qualitatives umgestellt werden (siehe auch RADERMACHER & BEYERS 2011, JACKSON 2012, HOCHSTRASSER 2013). Dazu gehört beispielsweise auch, dass gesellschaftliche Grundsatzfragen neu diskutiert werden sollten: Verteilungs- und Eigentumsfragen sowie Konsummuster und Lebensstile müssen an den Erfordernissen des Naturschutzes und der Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Der Mensch ist ein Naturwesen, das unter anderen Naturwesen lebt. Umwelt und Natur sind als wichtige gesellschaftspolitische Querschnittsthemen aufzufassen. Wer von der Umwelt/der Natur spricht, spricht von der Gesellschaft.

### **Politikfelder vernetzen**

- Die aktuellen Herausforderungen wie Verlust der Biodiversität, Klimawandel müssen stärker ressortübergreifend gemeistert werden. Naturschutzpolitik sollte allgemein stärker mit anderen Politikfeldern vernetzt werden (interdisziplinär denken und handeln). Teilweise sollten in Politik und Verwaltung die Ressorts anders zugeschnitten werden – Ökologie muss in allen Bereichen als Querschnittsthema eingeführt werden.
- Die PolitikerInnen haben Vorbild- und gesellschaftliche Leitfunktion, die sie mehr für den Erhalt der biologischen Vielfalt einsetzen sollten.
- Sachorientiert denken, mutiger umsetzen und nicht in Wahlperioden denken.
- Nachhaltigkeit in der eigenen Organisation vorleben.
- Verbesserte Zusammenarbeit von Politik und Verbänden.

### **Gesetze und Verordnungen verschärfen bzw. durchsetzen**

- Wie die Naturbewusstseinsstudie gezeigt hat, gibt es in der Bevölkerung eine hohe Zustimmung zu gut begründeten Verboten und Geboten. Dies sollte stärker genutzt werden, um naturunverträgliche Praktiken und Wirtschaftsweisen zu verbieten bzw. zu beschränken (wie z. B. Fischfangquoten). Hierfür ist es von besonderer Bedeutung, den Lobbyeinfluss einzuschränken.

Die Politik kann ihr Glaubwürdigkeitsdefizit in der Öffentlichkeit abbauen, indem sie konsequent bestimmte naturunverträgliche Handlungen einschränkt oder verbietet (z. B. beim Thema Tempolimit, Abbau von CO<sub>2</sub>-Emissionen).

- Die beim Konsum oder der Produktion entstehenden Umweltkosten sollten nicht verallgemeinert werden, sondern müssten konsequent internalisiert werden, damit die Produkte realistische Preise bekommen und möglichst wenige Umweltschäden hervorrufen (siehe auch BARDI 2013).
- Umweltschädliche Subventionen müssten abgeschafft werden (z. B. Pendlerpauschale, Biosprit). Umweltfreundliches (Verbraucher-)Verhalten müsste finanziell gefördert werden. Hierfür könnte die Politik beispielsweise die Lenkungswirkung von Steuern nutzen (Steuern auf umweltschädliche Produkte anheben wie z. B. Fleisch, Strom, Benzin) (siehe auch JACKSON 2012, AKADEMIE SOLIDARISCHE ÖKONOMIE 2014). Gleichzeitig sollten autofreie Sonntage und fleischfreie Tage stärker beworben werden. Die verbleibenden Fördermöglichkeiten und Subventionen sollten konsequent auf die Erfordernisse des Naturschutzes abgestimmt werden (z. B. Agrarförderung, Förderung ökologischer Landbau, regionale Vermarktung)
- Steuerung von Subventionen in den „grünen“ Bereich (nachhaltige Produkte, nachhaltiger Konsum, Landwirtschaft, Energiewirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, private Investitionen, sozialer Zusammenhalt). Darüber hinaus sollten die Subventionen stärker an ökologische Leistungen gekoppelt werden. Kleinere und mittlere Biobetriebe sollten besser gefördert werden.
- Die Produktpreise sollten ehrliche Preise sein, d. h. externe Kosten, für die bislang die Allgemeinheit aufkommt, müssten eingepreist (internalisiert) werden (z. B. Endlagerung von Atommüll, Kosten von Atommülltransporten). Dabei sollten ökologische Fragen mit sozialen verbunden werden.
- Der Gesetzgeber sollte Gesetze erlassen, die eine möglichst vollständige Deklaration von Inhaltsstoffen vorschreiben. Zusätzlich sollte der „Label-Dschungel“ gelichtet und beispielsweise ein einziges staatliches Fairtrade-Label entwickelt werden. Ur Einführung müsste eine große Imagekampagne finanziert werden.
- Darüber hinaus sollte untersucht werden, in welchen Bereichen es zum Schutz der Natur wichtig ist, Zertifizierungssysteme aufzubauen. Nachhaltigkeit messbar/überprüfbar machen (Evaluationen und Standardisierungen vorantreiben), dies erfordert einen hohen Informationsbedarf.
- Zum einen sollten bestehende Natur- und Umweltschutzgesetze verschärft bzw. neue Gesetze zum Schutz der Natur erlassen werden (Standards erhöhen) und zum anderen sollten bestehende Gesetze (z. B. Flächenmanagement) konsequenter umgesetzt werden.
- Über ein Förderprogramm oder Selbstverpflichtung sollte die Wirtschaft zur Produktion von naturverträglicheren Produkten (z. B. verpflichtend Öko-Modus, Energiespar-Modus als „normale“ Werkseinstellungen in elektronischen Geräten einstellen) bewegt werden. Ergänzend sollten nicht nachhaltig operierende Unternehmen eingeschränkt werden.
- Verbote in bestimmten Bereichen aussprechen (z. B. bestimmte Pflanzenschutzmittel, an Naturschutzgesichtspunkten orientierte Fischerei vorschreiben, Verbot von Produkten, die mit Kinderarbeit oder mit Ausbeutung hergestellt wurden, Verbot gesundheitsschädlicher Produkte).

- Stärkeres Gewicht auf den Erhalt und die Schaffung natürlicher Retentionsräume legen und ein länderübergreifendes Biotopmanagement einführen.
- Starke Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen durchsetzen (z. B. strenge Grenzwerte für PKW vorschreiben, sozialökologische Vorgaben beim Wohnungsbau, Wärmedämmung und Mietpreisdeckelung) (siehe auch BILHARZ 2009).
- Neue Arbeitszeitmodelle (Vereinbarkeit von Familie und Arbeit) einführen und Mitarbeiterinnen im juristischen Bereich besser schützen.
- Um dem Nachhaltigkeitskonzept mehr gesellschaftliche Anerkennung zukommen zu lassen sollte ein Schulfach „Nachhaltigkeit“ bzw. „Umweltschutz“ eingeführt werden. Dabei muss auf einen starken Praxisbezug geachtet und der Besuch außerschulischer Lernorte zur Pflicht gemacht werden (z. B. Projektwoche Bauernhof verbindlich in Curricula aufnehmen)
- Freihandelsabkommen sensibel und wachsam behandeln.
- Es sollten verpflichtende Vegetarier-Tage (veggi days) beispielsweise in Kantinen und Restaurants eingeführt werden.
- Das Wirtschaftssystem sollte auf Gerechtigkeit (z. B. bedingungsloses Grundeinkommen) überprüft werden.

### **Biologische Vielfalt erhalten und fördern**

- Strengere Vorgaben durch die EU zum Schutz der biologischen Vielfalt. Dies könnte beispielsweise dadurch geschehen, dass jeder landwirtschaftliche Betrieb 7 % seiner bewirtschafteten Fläche als Naturschutzflächen bereitstellt.
- Alle landschaftsrelevanten Planungsvorhaben (Raumordnungsprogramme, Bauplanungen etc.) sollten für die Förderung der biologischen Vielfalt eingesetzt werden.
- Der Schutz der biologischen Vielfalt sollte von den Kommunen her gedacht werden. Problemlösungen könnten dort regional und partizipativ entwickelt werden. Die Umsetzung könnte in den vorhandenen Strukturen stattfinden.
- Die europäische Life-Förderung und andere EU-Naturschutzfördermöglichkeiten sollten besser genutzt werden. Dafür sollten die Landesregierungen eine Verpflichtung zur Kofinanzierung einräumen.

### **Naturbewusstsein und nachhaltiger Konsum**

- Das was unter Natur verstanden wird ist sehr unterschiedlich. Es sollte in der Naturbewusstseinsstudie untersucht werden, ob, und wenn ja, zu welchen Anteilen, der Konsum ökologisch erzeugter Produkte tatsächlich etwas mit Naturbewusstsein zu tun hat.
- Naturbewusstsein ist ortsabhängig (Populationsdichte spielt auch eine Rolle).hängt darüber hinaus von der verfügbaren Zeit ab, sich Wissen anzueignen und sich umweltverträglich zu verhalten. Dabei steht es in Konkurrenz zum Konsum- und Freizeitverhalten.

- Es sollte mit mehr und besserer Öffentlichkeitsarbeit eine große Aufmerksamkeit und Sensibilität für den nachhaltigen Konsum hergestellt werden. Hierfür könnten beispielsweise Wettbewerbe ausgelobt werden.
- Modellregionen bzw. Erlebnisräume schaffen, in denen ein nachhaltiges Leben und Konsumieren erfahren werden kann, um ein Beispiel für einen suffizienten Lebenswandel zu geben (evtl. dies in einer Doku-Soap veröffentlichen und popularisieren, durch Aktionsforschung begleiten, damit die Ergebnisse möglichst schnell in die Praxis transportiert werden).
- Die regionalen Politik- und Verwaltungsstrukturen nicht blindlings dem Wachstumsgedanken um jeden Preis folgen, sondern mit Kreativität regionale Alternativen zur Globalisierung schaffen, denn die Globalisierung findet in den Regionen statt (siehe auch WELZER 2013).
- Um den nachhaltigen Konsum bei den KonsumentInnen zu fördern, sollten Modellprojekte mit dem Ziel einer aufsuchenden Beratung (Verbraucherberatung zu Hause) initiiert werden (Ich möchte gerne Strom sparen, wie geht das?). Es ist auch vorstellbar, bestimmte Zielgruppen, wie z. B. Landwirte, mit einem spezifischen Beratungsangebot (Nachhaltigkeits-Check) zu fortzubilden. Wichtig dabei ist es, den persönlichen Nutzen (monetär, ideell, organisationstechnisch) herauszustellen.
- Ausbau des öffentlichen PNV in den ländlichen Regionen (Preisattraktivität, Komfortverbesserungen)
- in öffentlichen Gebäuden und Verwaltungsstrukturen Energiemanagement und umweltverträgliche Büromaterialien vorschreiben.
- Anreize für den Kauf nachhaltiger Produkte schaffen (Bonussystem).

### **Aufgaben der Natur- und Verbraucherschutzverbände**

- Die Verbände sollten v. a. bei den Menschen den Aufbau einer positiven Naturbeziehung fördern. Dabei sollte der Mitweltgedanke stärker in den Fokus genommen werden (Integration des Menschen in das Naturbild).
- Die Erlebnis-Netzwerke im Bereich Umweltbildung müssen gestärkt werden (außerschulische Lernorte, wie z. B. Lernen auf dem Bauernhof, Lernen in Biosphärenreservaten, Umweltbildungszentren als Teil von Lernlandschaften entwickeln) (siehe auch Beitrag von M. Beier).
- Boykotte gegenüber nicht nachhaltigen Firmen/Produkten organisieren.
- Flächenkauf und -sicherung weiter verfolgen und auch die End-Siegelung in urbanen Bereichen voranbringen.
- Coaching für naturverträgliches Leben aufbauen (Schulungen, Begleitungen).
- Die Verbände sollten intensiver an ihrem Image und ihren Kommunikationsstrategien arbeiten. Sie sollten innovativer, direkter zielgruppenspezifischer und lebenspraktischer werden. Weniger verbieten, verhindern (z. B. die Zugänglichkeit von Schutzzonen besser regeln) und Weltuntergangsszenarien beschwören, sondern stärker positive Botschaften vermitteln und nachhaltige Entwicklungen fördern.

- Die Verbände können ein großes Signal setzen, indem sie Nachhaltigkeit in der eigenen Organisation vorleben. Einige TeilnehmerInnen wünschten sich, dass die Verbände insgesamt politischer würden.
- Die Lobbyarbeit sollte verbessert werden (z. B. durch die Organisation von „parlamentarischen Abenden“, bei denen Abgeordnete mit der Wählerschaft zusammengebracht werden). Insgesamt sollten Verbände und Politik daran arbeiten, ihre Kooperation zu verbessern. Dazu kann auch gehören, NaturschutzexpertInnen für die Politikberatung zu qualifizieren.
- Die Öffentlichkeitsarbeit sollte intensiviert werden. Dabei können die sog. neue Medien noch stärker genutzt werden. Insbesondere die Jugendarbeit könnte durch die neuen Medien gefördert werden.

### Weiterführende Literatur

AKADEMIE SOLIDARISCHE ÖKONOMIE (Hrsg.) (2014): Das dienende Geld. Die Befreiung der Wirtschaft vom Wachstumszwang. oekom verlag, München.

BAIER, A., Müller, C. & WERNER, K. (2013): Stadt der Commonisten. Neue urbane Räume des Do it yourself. Transcript Verlag, Bielefeld.

BARDI, U. (2013): Der geplünderte Planet. Die Zukunft des Menschen im Zeitalter schwindender Ressourcen. oekom verlag, München.

ALBRECHT, S., BRAUN, R., HEUSCHKEL, Z., MARÍ, F. & PIPPIG, J. (Editors) (2013): Future of Food. State of the Art, Challenges and Options for Action. oekom verlag, München.

BILHARZ, M. (2009): „Key Points“ nachhaltigen Konsums. Metropolis-Verlag, Marburg.

BRAUNGART, M. & McDONOUGH, W. (2013): Intelligente Verschwendung. The Upcycle: Auf dem Weg in eine neue Überflusgesellschaft. oekom verlag, München.

DIERKES, M. & FIETKAU, H.-J. (1988): Umweltbewusstsein – Umweltverhalten. Verlag W. Kohlhammer, Karlsruhe.

ERDMANN, K.-H. & SCHELL, C. (2002): Natur zwischen Wandel und Veränderung - Ursache, Wirkungen, Konsequenzen. Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.). Springer Verlag, Berlin.

GRUNWALD, A. (2012): Ende einer Illusion. Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann. oekom verlag, München.

HOCHSTRASSER, F. (2013): Konsumismus – Kritik und Perspektiven. oekom verlag, München.

HUBER, J. (2011): Allgemeine Umweltsoziologie. 2., vollständig überarbeitete Auflage. VS Verlag, Wiesbaden.

HUNECKE, M. (2013): Psychologie der Nachhaltigkeit. Psychische Ressourcen für Postwachstumsgesellschaften. oekom verlag, München.

JACKSON, T. (2012): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. 5. Auflage. oekom verlag, München.

KLEINHÜCKELKOTTEN, S. (2005): Suffizienz und Lebensstile. Ansätze für eine milieuorientierte Nachhaltigkeitskommunikation. Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin.

KUCKARTZ, U. (1998): Umweltbewusstsein und Umweltverhalten. Springer Verlag, Berlin.

KUCKARTZ, U. & RHEINGANS-HEINTZE, A. (2006): Trends im Umweltbewusstsein. Umweltgerechtigkeit, Lebensqualität und persönliches Engagement. VS Verlag, Wiesbaden.

LICHTL, M., Rohr, C. & KASPERCZYK, N. (Bearb.) (2009): Leitmotive für eine moderne Kommunikation zur Biologischen Vielfalt. Naturschutz und Biologische Vielfalt 80. Bundesamt für Naturschutz, Bonn.

LINZ, M. (2012): Weder Mangel noch Übermaß. Warum Suffizienz unentbehrlich ist. oekom verlag, München.

LUCKER, T. & KÖLSCH, O. (Bearb.) (2009): Naturschutz und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Naturschutz und Biologische Vielfalt 74. Bundesamt für Naturschutz, Bonn.

MEIER, T. (2014): Umweltschutz mit Messer und Gabel. Der ökologische Rucksack der Ernährung in Deutschland. oekom verlag, München.

MÜLLER, C. (Hrsg.) (2012): Urban Gardening – Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt. 4. Auflage. oekom verlag, München.

PAECH, N. (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. oekom verlag, München.

RADERMACHER, F.J. & BEYERS, B. (2011): Welt mit Zukunft – Die ökosoziale Perspektive. 2. weitgehend überarbeitete Auflage. Murmann Verlag, Hamburg.

RAT FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG (Hrsg.) (2012): Der nachhaltige Warenkorb. 4. komplett überarbeitete Auflage. Berlin.

REIFENHÄUSER C., HOFFMANN, S.G. & KEGEL, T. (2012): Freiwilligen-Management. 2. überarbeitete Auflage. ZIEL Verlag – Zentrum für interdisziplinäres erfahrungsorientiertes Lernen GmbH, Augsburg.

SCHUMACHER, E.F. (2013): Small is beautiful – Die Rückkehr zum menschlichen Maß. Neuauflage des 1977 im Rowohlt Verlag erschienenen Werkes. oekom verlag, München.

STENGEL, O. (2011): Suffizienz. Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise. oekom verlag, München.

WELZER, H. (2013): Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand. 5. Auflage. S. Fischer Verlag, Frankfurt a. M.

WELZER, H. & WIEGANDT, K. (Hrsg.) (2011): Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus? oekom verlag, München.

WELZER, H. & RAMMLER, S. (Hrsg.) (2012): Der FUTURZWEI Zukunftsalmanach 2013. Geschichten vom guten Umgang mit der Welt. 2. Auflage. S. Fischer Verlag, Frankfurt a. M.